



öffentlich

Beschlussvorlage			
Betreff			
Verlängerung des Pilotprojektes "Verfügungsdienste Sicherheit"			
Organisation	Bereich/Periode/Jahr/Lfd. Nr./Nachtrag	Datum	lfd. Nr. BPL
AöR	I/IX/2017/0359	01.09.2017	9

<u>Beratungsfolge</u>	<u>Zuständigkeit</u>	<u>Sitzungstermin</u>	<u>Ergebnis</u>
Ausschuss für Verkehr und Planung der VRR AöR	Empfehlung	21.09.2017	<input type="checkbox"/>
Verwaltungsrat der VRR AöR	Entscheidung	11.10.2017	<input type="checkbox"/>

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Verkehr und Planung der VRR AöR empfiehlt dem Verwaltungsrat folgenden Beschluss zu fassen:

Der Verwaltungsrat der VRR AöR beschließt die Verlängerung des Piloten im VRR-Raum unter Vorbehalt einer weiteren Bewilligung von Zuwendungsmitteln bis zum Ende des Jahres 2019.

Begründung/Sachstandsbericht:

Ausgangslage

Seit Februar 2017 werden im VRR-Raum im Rahmen eines einjährigen Pilotprojekts Verfügungsdienste Sicherheit eingesetzt. Ziel des Einsatzes ist, durch deutlich sichtbare Präsenz das Sicherheitsgefühl der Fahrgäste zu verbessern, die Zugbegleiter bei ihrer Tätigkeit zu unterstützen und deren Sicherheit zu gewährleisten, sowie potentielle Täter durch konsequentes Durchsetzen des Hausrechts abzuschrecken.

Im Juni/Juli Sitzungsblock 2017 wurden die insgesamt positiven Ergebnisse der Startphase in einem Evaluationsbericht (Drucksache: Z/IX/2017/0303, Punkt 13) dargestellt und das Anstreben einer dauerhaften und flächendeckenden Umsetzung, in Abstimmung mit benachbarten Aufgabenträgern, empfohlen.

Der Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL) plant ab März 2018 in Abhängigkeit der politischen Beschlussfassung, die voraussichtlich im Oktober 2017 erfolgen wird, ebenfalls Verfügungsdienste Sicherheit einzusetzen. In dem zweijährigen Projekt sollen umfangreiche Erfahrungen gesammelt werden.

Erfahrungen/Entwicklungen der ersten Umsetzungsmonate (Februar bis Juli 2017)

Positive Erfahrungen bei Kunden und Mitarbeitern überwiegen

- In der vorgenannten Evaluation wurde unter anderem eine deutliche Verbesserung des Sicherheitsempfindens bei den Fahrgästen und Mitarbeitern festgestellt.
- Demnach fühlen sich die Kunden sicherer, wenn Verfügungsdienste anwesend sind und begrüßen den Einsatz von Sicherheitskräften.
- Auch die Zugbegleiter fühlen sich insbesondere bei der Fahrausweiskontrolle und Durchsetzung des Hausrechtes im gemeinsamen Einsatz mit den Sicherheitskräften sicherer.
- In den projektinternen Gesprächsterminen wurde berichtet, dass sich bei einem gemeinsamen Einsatz mit den Sicherheitskräften verbale und körperliche Übergriffe auf Mitarbeiter deutlich verringert haben.

Eisenbahnverkehrsunternehmen nutzen das neue Angebot

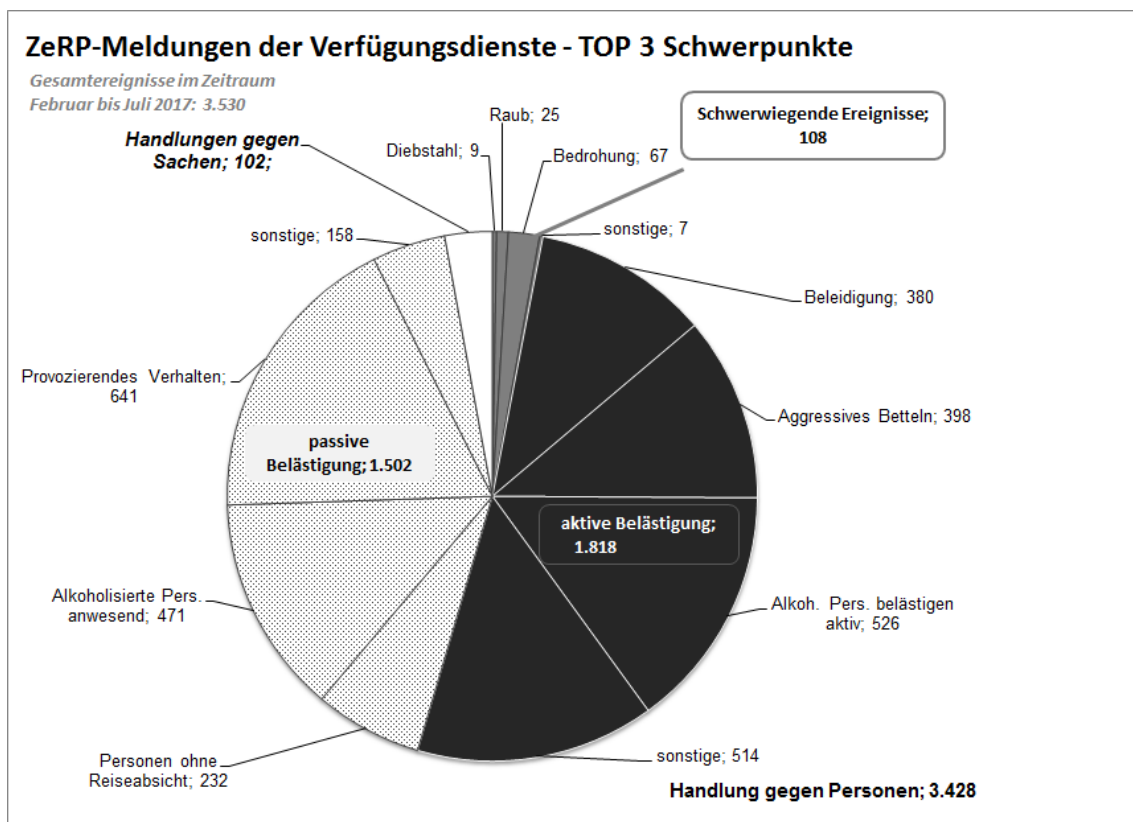
- Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) nutzen das neue Angebot, melden zunehmend Bedarf an und beteiligen sich aktiv an der Einsatzplanung.
- Ad-hoc-Einsätze und übergreifende Disposition finden eher selten statt.

Erweiterung des Einsatzgebietes und der Personalstärke

- Auf einigen Strecken/in einigen Zeitlagen, insbesondere beim Einsatz in Doppelstock-Wagen wurde der Bedarf einer höheren Personalstärke (4er-Team) festgestellt.
- Der verbundübergreifende Einsatz war bereits in Einzelfällen (aufgrund sicherheitsrelevanter Lagen) notwendig und sollte grundsätzlich möglich sein.
- Im Rahmen des SPNV-Sicherheitskonzeptes erhöht der VRR sukzessive die Zugbegleitquote.

Handlungsfelder der Verfügungsdienste im Projektzeitraum Februar 2017 bis Juli 2017

- Im Projektzeitraum von Februar bis Juli 2017 haben die Verfügungsdienste insgesamt 3.530 Ereignisse erfasst. Davon überwiegt der Bereich der „Handlungen gegen Personen“ mit 3.428 Ereignissen. Der Bereich „Handlungen gegen Sachen“ fällt mit 102 Fällen vergleichsweise gering aus.
- Die Haupthandlungsfelder der Verfügungsdienste lagen im Bereich der Belästigungen (aktive Belästigung = 1.818 Ereignisse, passive Belästigung = 1.502 Ereignisse).
- Bei den aktiven Belästigungen wurden allein 576 Ereignisse durch alkoholisierte/drogenabhängige Personen aufgenommen; diese bilden gemeinsam mit Ereignissen wie aggressivem Betteln (398 Ereignisse) und Beleidigungen (380 Ereignisse) den Schwerpunkt.
- Bei den passiven Belästigungen, die zunächst das subjektive Sicherheitsgefühl der Fahrgäste beeinflussen, bildet provozierendes Verhalten mit 641 Ereignissen den Schwerpunkt.
- Schwerwiegende Ereignisse, die in der Regel bereits als Straftaten gelten, wurden 108 Mal aufgenommen. Hierbei handelte es sich überwiegend um Bedrohungen (67 Ereignisse) und Raubdelikte (25 Ereignisse).



- Aus den Tätigkeitsberichten der Verfügungsdienste geht hervor, dass die Durchsetzung des Hausrechts bislang bei 440 Hausrechtsverstößen erfolgte. Hierbei wurden die Personen in der Regel des Zuges verwiesen (in 73 Fällen wurde die Bundespolizei hinzugezogen).

Empfehlung zur Verlängerung des Piloten

Die allgemeine Sicherheitslage ist weiterhin angespannt

Ausgangslage für den Einsatz von Verfügungsdiensten war die angespannte Sicherheitslage, die durch die Zunahme der Gewaltbereitschaft und Schwere der Taten sowie durch eine deutliche Erhöhung der Übergriffe auf Personal in Zügen geprägt war. Diese Situation besteht bis heute fort. Insofern wird die Verlängerung des Einsatzes der Verfügungsdienste vorgeschlagen. Die vorgenannten Erfahrungen zeigen, dass die Zielsetzungen (Erhöhung des Sicherheitsgefühls der Fahrgäste durch sichtbare Präsenz, Gewährleistung der Sicherheit der Mitarbeiter, konsequente Durchsetzung des Hausrechts) erreicht werden.

Finanzierung

Der Einsatz der Verfügungsdienste wird aktuell durch Zuwendungen des Landes NRW finanziert. Gespräche für eine weitere Förderung finden zurzeit statt.

Verlängerung des Pilotprojektes bis Dezember 2019

Bereits in diesem Sitzungsblock soll eine Entscheidung zur Verlängerung des Pilotprojektes herbeigeführt werden. Damit kann der Umsetzungsprozess rechtzeitig angestoßen und ein lückenloser Projektverlauf im VRR sichergestellt werden.

Zudem wäre die Umsetzungsdauer bis Dezember 2019 weitestgehend mit dem im NRW geplanten Pilotprojekt synchronisiert.

Dauerhafter und flächendeckender Einsatz von Verfügungsdiensten in NRW

Anschließend kann eine gemeinsame NRW-weite Ausschreibung angestrebt werden, sowie der dauerhafte und flächendeckende Einsatz von Verfügungsdiensten in den Regeldienst übergehen.

Sollte die NRW-weite Lösung nicht realisiert werden, wird empfohlen, im VRR-Raum im ersten Quartal 2019 eine eigene Ausschreibung vorzunehmen.